

Gemeinsame Presseerklärung

Familienverbände fordern Anhebung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes

Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF) hat eine Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrages und des Kindergeldes gefordert. Dies sei ein notwendiger Ausgleich für die Mehrbelastung der Familien durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung kindbedingter Armut, erklärten die Vorsitzenden der in der AGF zusammengeschlossenen vier größten deutschen Familienverbände in einem Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Hintergrund des Schreibens ist das Ergebnis des 6. Existenzminimumberichtes der Bundesregierung, wonach sich die Mindestlebenshaltungskosten von Kindern bis zum Jahr 2009 nicht erhöhen werden. Angesichts der drastisch angestiegenen Heizkosten, der Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Inflation und anderer Kostenfaktoren sei dieses Ergebnis nicht nachvollziehbar, so die Vorsitzenden.

Das Existenzminimum bestimmt den Mindestbedarf, der für ein menschenwürdiges Dasein in Deutschland notwendig ist und dient als Grundlage für die Höhe des Kinderfreibetrages im Steuerrecht und damit auch des Kindergeldes. Existenzminimum und Steuerfreibetrag entsprechen sich seit 2005 mit 3.648 Euro im Jahr exakt in der Höhe. Das bedeutet, schon geringe Steigerungen des Existenzminimums müssten zur Anhebung der Kinderfreibeträge führen. Diese sei seit Jahren überfällig, so die Vorsitzenden der Verbände.

In der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e.V. sind folgende Verbände zusammengeschlossen:

Deutscher Familienverband (DFV)
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf)
Familienbund der Katholiken (FDK)
Verband alleinerziehende Mütter und Väter (vamv)

Berlin, 27. Februar 2007